

Synopsen: Politisches Symposium

Agenda der Verantwortung

Donnerstag, 4. Dezember 2025 | 15:00–23:00 Uhr

Alle Sessions fanden unter Chatham House Rules statt. Die Synopsen geben die zentralen Inhalte wieder, ohne sie Personen zuzuordnen.

Inhaltsverzeichnis

Europe first? Was ist unsere industriepolitische Antwort auf US-amerikanische Zoll-Politik und China-Schock 2.0.....	3
Souveränität neu programmiert: Europas Antwort auf digitale Abhängigkeit.....	5
Multiple Use: Wie Verteidigungsausgaben Wirtschaft, Innovation und Sicherheit stärken können.....	10
Zeitenwende im Kopf: Gesellschaftliche Gelingensbedingungen der deutschen Verteidigungsfähigkeit.....	11
Digital, einfach, bürgernah: Sozialstaatsreform als Verantwortungspolitik.....	14
Selbstwirksamkeit statt Abstiegsangst: Die Rolle guter (Basis-)Arbeit für Demokratie und Transformation.....	16

Synopsen: Fachgruppe I

Verantwortung für wirtschaftliche Stärke: Industriepolitik und Innovation

Session 1: Europe first? Was ist unsere industriepolitische Antwort auf US-amerikanische Zoll-Politik und China-Schock 2.0

&

Session 2: Souveränität neu programmiert: Europas Antwort auf digitale Abhängigkeit

Speakers und Moderation

Session 1:

- Moderation: Elisabeth Winter, stellv. Geschäftsführerin & Programmleiterin Globale Märkte und soziale Gerechtigkeit, Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung
- Impuls: Sander Tordoir, Chief Economist, Centre for European Reform
- Reaktion: Armand Zorn, stellv. Fraktionsvorsitzender, SPD-Bundestagsfraktion
- Reaktion: Armin Steinbach, Chefökonom, Bundesministerium der Finanzen

Session 2:

- Moderatorin: Florian Ranft, Leiter Green New Deal, Das Progressive Zentrum
- Impuls: Julia Pohle, Co-Leiterin Forschungsgruppe „Politik der Digitalisierung“, WZB Berlin Social
- Reaktion: Amélie Hennemann-Heldt, stellv. Leiterin Referat „Allgemeine Digitalpolitik“, Bundeskanzleramt

Session 1: Europe first? Was ist unsere industriepolitische Antwort auf US-amerikanische Zoll-Politik und China-Schock 2.0

Ausgangslage

Die Session setzte an einer wirtschafts- und handelspolitischen Zäsur an: Die bisherige Einbettung des deutschen Wirtschaftsmodells in eine regelbasierte Globalisierung trägt nicht mehr. Chinas exportgetriebene Überproduktion bei gleichzeitig schwacher Binnennachfrage, der absehbare Rückzug der USA als Wachstumsmotor sowie zunehmende handelspolitische Abschottung erzeugen einen massiven externen Nachfrageschock für die deutsche Industrie. Besonders betroffen sind industrielle Kernsektoren wie Automobilbau, Maschinenbau, Chemie und zunehmend auch klimatechnologische Zukunftsbranchen.

Vor diesem Hintergrund diskutierte die Session, ob und wie Europa – und insbesondere Deutschland – seine industriepolitische Strategie neu ausrichten muss, um wirtschaftliche Stärke, technologische Souveränität und politische Handlungsfähigkeit zu sichern.

Zentrale Thesen und Befunde

1. Der zweite China-Schock trifft das deutsche Wirtschaftsmodell strukturell

Ein zentrales Argument der Debatte war, dass Deutschland nicht mehr – wie beim ersten China-Schock – von einer komplementären Arbeitsteilung profitiert. China konkurriert inzwischen direkt in hochwertigen Industrie- und Zukunftssektoren. Massive staatlich gelenkte Kreditvergabe, Überkapazitäten und steigende Exporte bei stagnierenden Importen verschärfen den Druck auf europäische Märkte. Prognosen verweisen auf anhaltende negative Wachstumseffekte für Deutschland in den kommenden Jahren. Die USA fungierten zuletzt noch als Absatzpuffer, werden diese Rolle künftig jedoch nicht mehr übernehmen.

2. Europa muss vom Exportmodell zur Binnenmarktstrategie wechseln

Breiter Konsens bestand darin, dass die strategische Antwort nicht primär in neuen externen Märkten liegt, sondern in der aktiven Stärkung des europäischen Binnenmarkts. Dieser wird zunehmend als Schutz- und Entwicklungsräum verstanden, in dem industrielle Wertschöpfung, technologische Innovation und klimapolitische Transformation zusammengeführt werden können. Der Binnenmarkt ist nicht nur ökonomische, sondern auch geopolitische Ressource.

3. Industriepolitik ist zurück – aber nur wirksam als europäisches Projekt

Die Diskussion machte deutlich, dass industriepolitische Instrumente wie Subventionen,

Local-Content-Regeln oder staatliche Nachfrage kein Tabu mehr sind. Gleichzeitig wurde betont, dass nationale Alleingänge erhebliche Risiken bergen – etwa Fragmentierung, Wettbewerbsverzerrungen oder politische Gegenreaktionen. Erfolgreiche Industriepolitik erfordert europäische Koordination, klare Zielbindung und kompatible Beihilferegeln. Als Beispiele wurden technologie- und klimabezogene Förderkriterien sowie strategische öffentliche Beschaffung genannt.

4. Daten, Industrie und KI als strategische Kombination

Mehrere Beiträge hoben hervor, dass Europas besondere Stärke weniger in generischen Hochtechnologien liegt, sondern in der Verbindung von industriellem Know-how, hochwertigen Daten und angewandter KI. „Industrial AI“ wurde als Schlüssel für Produktivitätsgewinne, neue Geschäftsmodelle und technologische Resilienz beschrieben. Voraussetzung dafür sind bessere Datennutzung, interoperable Infrastrukturen und gezielte Investitionen in die nächste Generation industrieller Technologien.

5. Wirtschaftliche Sicherheit erfordert strategische Partnerschaften

„Europe first“ wurde mehrheitlich nicht als Abschottung, sondern als selektive Öffnung verstanden. Europa kann seine Abhängigkeiten nur reduzieren, wenn es parallel neue Partnerschaften mit gleichgesinnten Staaten und „Middle Powers“ aufbaut – etwa im Bereich Rohstoffe, Energie, Technologie und Finanzmärkte. Dabei wurde betont, dass Europa klarer definieren muss, für welche internationale Wirtschaftsordnung es stehen will.

Kontroversen und Zielkonflikte

Industrie versus Dienstleistungen:

Uneinigkeit bestand darüber, ob die Industrie weiterhin prioritär gestützt werden sollte oder ob eine stärkere Verlagerung auf Dienstleistungen und wissensintensive Sektoren sinnvoll wäre. Während einige vor teuren und ineffizienten Industriesubventionen warnten, betonten andere die zentrale Rolle industrieller Wertschöpfung für Produktivität, Beschäftigung und fiskalische Stabilität.

Buy European – Kosten, Tempo, Legitimität:

Buy-European-Ansätze wurden grundsätzlich positiv bewertet, zugleich aber mit Blick auf höhere Preise, langsamere Umsetzung und handelspolitische Risiken kritisch diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass solche Instrumente nur mit klaren Kriterien, Transparenz und europäischer Abstimmung legitimierbar sind.

Soziale Akzeptanz der Transformation:

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass industriepolitische Strategien ohne Einbindung von Beschäftigten, Gewerkschaften und Regionen an Akzeptanz verlieren. Transformation wird von vielen als Bedrohung erlebt; ohne glaubwürdige Perspektiven droht politischer Rückhalt wegzubrechen.

Offene Fragen

- Wie kann Europa industriepolitisch handlungsfähig werden, ohne den Binnenmarkt zu fragmentieren oder neue Abhängigkeiten zu schaffen?
- Welche Sektoren und Technologien sind aus Sicht wirtschaftlicher Sicherheit tatsächlich strategisch unverzichtbar?
- Welche institutionellen Reformen braucht es, um strategische Investitionen schneller, risikobereiter und koordiniert umzusetzen?

Session 2: Souveränität neu programmiert: Europas Antwort auf digitale Abhängigkeit

1. Ausgangslage und Problemstellung

Die Diskussion zeigte ein hohes Maß an Einigkeit darüber, dass Europa in einer postsouveränen digitalen Realität agiert: (Geo-)konomische, (geo-)politische und gesellschaftliche Abhängigkeiten sind tief verankert. Die Debatte über „digitale Souveränität“ hat sich in den vergangenen zwölf Jahren seit den Snowden-Enthüllungen stark ausgeweitet – weg von sicherheits- und industriepolitischen Fragen hin zu Verbraucherrechten, Bildung, demokratischer Öffentlichkeit und ethischen Standards. Dadurch ist der Begriff überfrachtet und oft strategisch unklar.

Mehrere strukturelle Probleme wurden herausgearbeitet:

- Unschärfe des Souveränitätsbegriffs: Digitale Souveränität wird in der deutschen wie europäischen Politik zugleich als Unabhängigkeit, als Fähigkeit zur Selbstbestimmung und als industriepolitisches Projekt verstanden – ohne kohärente Priorisierung.
- Fokus auf Unabhängigkeit statt Selbstbestimmung: Die politische Debatte konzentriert sich derzeit überwiegend auf geopolitische Abhängigkeiten (USA/China), während die Frage gesellschaftlicher Selbstbestimmungsfähigkeit – etwa Datensouveränität, Transparenz, Gestaltung digitaler Infrastrukturen – unterbelichtet bleibt.
- Zunehmende sicherheitspolitische Engführung: Spätestens seit Trump II und den jüngsten geopolitischen Krisen verschieben sich Prioritäten jedoch wieder hin zu

Resilienz, Abwehr und Industriepolitik. Demokratische, soziale und ökologische Dimensionen verlieren auf politischer Ebene an Sichtbarkeit.

Diskrepanz zwischen Diskurs und Umsetzung: Trotz politischer Zielbekundungen, Unternehmensinitiativen und wachsendem Bewusstsein werden Souveränitätsziele praktisch nur punktuell umgesetzt; der Einsatz souveräner Technologien bleibt gering. Insgesamt wurde konstatiert, dass Europa zwar hohe Ansprüche an digitale Souveränität formuliert, gleichzeitig aber weder eine gemeinsame Prioritätensetzung noch eine strategische Übersetzung in einen konkreten übergreifenden Politikansatz aufweist.

2. Lösungsansätze und strategische Hebel

Aus der Debatte lassen sich fünf Cluster möglicher Lösungswege ableiten:

a) **Fokussierung des Souveränitätsbegriffs auf Selbstbestimmung und Gestaltungsspielräume**

Anstelle einer reinen Abkopplungslogik sollte das Leitmotiv „digitale Selbstbestimmungsfähigkeit“ treten – sowohl für Staaten als auch für Individuen und Unternehmen. Zentrale Elemente: Datenkontrolle, Zweckorientierung von Technologien (z.B. Gesundheit, Bildung, Mobilität), höhere Transparenz und Stärkung der demokratischen Öffentlichkeit.

b) **Europäische industrielpolitische Stärkefelder konsequent ausbauen**

Die Debatte kritisierte eine politische Fixierung auf US-Plattformökonomie als Vergleichsmaßstab. Europas industrielle Stärken – Automatisierung, Simulation, industrielle Software – könnten zur Basis einer eigenständigen industriellen Digitalwirtschaft werden, sofern Investitionsfähigkeit, Datenzugänge und regulatorische Klarheit verbessert werden.

c) **Flexible, pragmatische Souveränitätsstrategien statt Schwarz-Weiß-Unabhängigkeit**

Mehrere Stimmen plädierten dafür, Souveränität als Kontinuum zu denken: je nach Technologie, Sicherheitsrelevanz und Anwendungskontext unterschiedliche Grade an Abhängigkeit akzeptieren. (In diesem Kontext ist Anke Hassels Konzept zu leverage points interessant)

Wichtige Leitideen:

- Diversifizierung statt Autarkie
- Bewertung von Lock-in-Risiken
- Hybridmodelle zwischen globalen und europäischen Angeboten

d) **Stärkung öffentlicher und privater Innovationsfähigkeit**

Politisch müsse stärker auf Rahmenbedingungen geachtet werden, die Innovation ermöglichen – etwa durch weniger belastende Regulierung (z. B. Datenzugangsanforderungen im Data Act), stärkere Unterstützung digitaler Ökosysteme und verbesserte Investitionsbedingungen. Der derzeitige Fokus auf die Innovationsfähigkeit ist letztlich ein Wertschöpfungsargument, wobei der in dieser Debatte wenig beachtete Draghi Report bereits Wege zu einem neuen Verständnis europäischer Wettbewerbsfähigkeit bzw. eines Wertschöpfungsmodell aufzeichnet.

e) **Vertrauensbildung als Voraussetzung für technologische Akzeptanz**

Studien zeigten, dass Bürger:innen gegenüber KI und digitalisierten Infrastrukturen stark verunsichert sind. Souveränitätspolitik müsse daher:

- Transparenz über KI-Einsatz schaffen
- Sicherheitsstrategien kommunizieren
- menschliche Kontrolle in kritischen Bereichen sicherstellen
- Technologieakzeptanz wurde als zentrale „Währung“ für digitale Zukunftsfähigkeit verstanden.

3. Konsens, Dissens und Konfliktlinien

Breiter Konsens bestand darüber, dass:

- digitale Abhängigkeiten real, vielfältig und dauerhaft sind;
- Europa eine strategische Neuausrichtung benötigt, die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimensionen integriert;
- Souveränität nicht als Autarkie, sondern als Fähigkeit zur bewussten Gestaltung digitaler Systeme verstanden werden sollte;
- Europa seine industriellen Stärken und Wertschöpfungsökosysteme stärker strategisch nutzen sollte;
- Vertrauen – sowohl zwischen Staat und Bürger:innen als auch zwischen Staat und Unternehmen – ein zentraler Erfolgsfaktor ist.

Deutliche Dissense bestanden bei:

- der Frage, ob der Staat stärker deregulieren oder stärker steuern sollte;
- der Priorisierung: industrielle Wettbewerbsfähigkeit vs. Datenschutz/Verbraucherschutz;
- der Bewertung aktueller europäischer Regulierung (Data Act, KI-Verordnung) zwischen „notwendiger Schutz“ und „Investitionshemmnis“;
- der Frage, welches Gewicht außenpolitische und geoökonomische Ziele („Abhängigkeiten reduzieren“) gegenüber innovationspolitischen Zielen bekommen sollten.

4. Ausblick, Schlussfolgerungen und offene Fragen

Die Session endete mit der Diagnose, dass Europa vor einer strategischen Weichenstellung steht: Entweder gelingt es, digitale Souveränität substanzial neu zu definieren – als Kompetenz- und Gestaltungsfrage – oder der Begriff verliert weiter an politischer Wirkmächtigkeit. Drei weiterführende Leitfragen bleiben offen:

- Wie gelingt der Übergang von der rhetorischen Ambition zur praktischen Umsetzung souveräner Technologien – insbesondere in Verwaltung, Industrie und kritischer Infrastruktur (Stichwort: Fragmentierung überwinden)?
- Welche Formen europäischer Industriepolitik können digitale Abhängigkeiten reduzieren, ohne Innovationsfähigkeit zu ersticken oder geopolitische Eskalation zu erzeugen?
- Wie lassen sich technologische Resilienz, gesellschaftliche Selbstbestimmung und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in einem konsistenten strategischen Rahmen verbinden und in funktionierende Ökosysteme schnellstmöglich übersetzen?

Die Diskussion zeigte insgesamt, dass digitale Souveränität keine rein technische, sondern eine grundpolitische Frage ist – über Europas Zukunftsmodell, seine strategische Autonomie und seine Fähigkeit, die digitale Transformation im Einklang mit demokratischen Werten zu gestalten.

Synopsen: Fachgruppe II

Verantwortung für Sicherheit: Resilienz, Wehrfähigkeit und Zusammenhalt

Session 1: *Multiple Use: Wie Verteidigungsausgaben Wirtschaft, Innovation und Sicherheit stärken können*

&

Session 2: *Zeitenwende im Kopf: Gesellschaftliche Gelingensbedingungen der deutschen Verteidigungsfähigkeit*

Speakers und Moderation

Session 1:

- Moderation: *Vera Gohla*, Referentin für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung
- Impuls: *Rebecca Harding*, CEO, Centre for Economic Security
- Reaktion: *Alexander Götz*, Hauptabteilungsleiter Aufwuchs, Bundesministerium der Verteidigung

Session 2:

- Moderation: *Melanie Weiser*, Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum
- Impuls: *Jan Techau*, Director Germany, Eurasia Group
- Reaktion: *Sara Nanni*, Sicherheitspolitische Sprecherei, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Session 1: Multiple Use: Wie Verteidigungsausgaben Wirtschaft, Innovation und Sicherheit stärken können

1. Ausgangslage: Vom Friedensdividenden- zum Sicherheitsökonomie-Zeitalter

Die Diskussion identifizierte eine grundlegende strategische Zäsur: Sicherheit ist nicht länger ein abgeschlossener militärischer Bereich, sondern ein ökonomisches Gesamtprojekt. Moderne Verteidigungsfähigkeit entsteht aus resilienten Lieferketten, digitalen Infrastrukturen und einer innovationsfähigen Industrie. Gleichzeitig verschärfen Rezession, industrielle Transformationsprozesse und enge fiskalische Spielräume die Ausgangslage. Die zentrale strukturelle Schwäche liegt weniger in mangelnden Mitteln als in fehlender strategischer Kohärenz: Die deutsche Industriestrategie ist fragmentiert, Mittelstand und Start-up-Sektor agieren zu wenig vernetzt, und staatliche Finanzierungsinstrumente greifen oft zu langsam oder zu bürokratisch.

2. Strategische Hebel: Integrierte Investitions- und Innovationspolitik

Ein Whole-of-Government-Ansatz wurde als entscheidende Voraussetzung für Multiple-Use-Effekte beschrieben. Erfolgsfaktoren sind:

- Öffnung staatlicher Investitions- und Innovationsinstrumente für sicherheitsrelevante Technologien (z. B. KfW, SPRIN-D, Innovationshubs), kombiniert mit Modellen gemischtwirtschaftlicher Beteiligung.
- Stärkung eines diversifizierten Defense-Ökosystems, in dem innovative Mittelständler und Start-ups gleichrangigen Zugang zu Beschaffung und Finanzierung erhalten. Aktuell werden sie durch komplexe Vergabeverfahren strukturell benachteiligt.
- Regionale Cluster als Blaupausen für nationale Skalierung, wobei Dual-Use-Infrastrukturen – Häfen, Energie, Logistik – systematisch sicherheitsstrategisch mitgedacht werden.

Der Staat als strategischer Ankerinvestor, der über Kontrollmechanismen nationale Sicherheitsinteressen schützt, ohne private Innovationskraft zu ersticken.

3. Konsens & Konfliktlinien: Schnelligkeit kontra Strukturpolitik

Konsens: Angesichts der Bedrohungslage überwiegt das Kriterium Zeit klassische fiskalische Vorsicht. Die neue Beschaffungslogik – Masse, Schnelligkeit, Kosteneffizienz – ist breit anerkannt.

Dissens zeigte sich insbesondere an zwei Bruchlinien:

- Legacy-Systeme vs. Zukunftstechnologien: Der militärische Nachholbedarf drängt zu klassischen Plattformen, während innovationsorientierte Akteure vor

strategischen Fehlanreizen warnen: Schlüsseltechnologien wie Drohnen, KI oder autonome Systeme finden im deutschen Beschaffungswesen kaum statt.

- Strukturpolitik vs. Operationslogik: Während einige Akteure für eine stärkere regionale Ausgleichslogik plädieren, dominieren derzeit operative Faktoren wie Verfügbarkeit und Zeit. Die sicherheitsstrategische Bedeutung der Lausitz als Standortbeispiel wurde anerkannt, aber nicht als generelles Modell.

4. Ausblick: Von der Investition zur strategischen Souveränität

Entscheidend wird sein, das bestehende Momentum in eine kohärente Strategie zu überführen. Prioritäre Handlungsfelder:

- Mobilisierung privaten Kapitals durch staatliche Garantien (Blended Finance).
- Aufwertung ziviler Infrastruktur als Verteidigungsfaktor.
- Politische Abnahmegarantien als zentrales Signal an Industrie und Investoren.

Übergreifend bestand Einigkeit: Wirtschaftliche Stärke und Verteidigungsfähigkeit sind keine getrennten Politikfelder mehr, sondern Bedingungen gegenseitiger Resilienz.

Session 2: Zeitenwende im Kopf: Gesellschaftliche Gelingensbedingungen der deutschen Verteidigungsfähigkeit

1. Ausgangspunkt: Sicherheitspolitik trifft auf ein deutsches Mentalitätsproblem

Die geopolitische Lage wurde als „Perfect Storm“ beschrieben: Erosion der transatlantischen Sicherheit, russische Aggression und chinesische geoökonomische Dominanz erzeugen ein historisch neues Bedrohungsniveau. Die gesellschaftliche Debatte hat sich zwar geöffnet, doch tief sitzende kulturelle Prägungen erschweren einen mentalen Wandel. In Deutschland wird Macht historisch negativ konnotiert, sicherheitspolitisches Handeln unter moralische Vorbehalte gestellt, und dem Gemeinwesen wird häufig weniger „Verteidigungswürdigkeit“ zugeschrieben als in anderen Demokratien. Diese Selbztuschreibung führt zu politischer Lähmung – nicht zu Besonnenheit.

2. Sicherheit als Koproduktion: Vom Konsummodell zur Bürgergesellschaft

Zentraler Befund: Sicherheit darf nicht länger als staatliche Vollkaskoleistung verstanden werden. Eine resiliente Demokratie entsteht dort, wo Bürger:innen sich als gestaltender Teil der Gesamtverteidigung begreifen.

Wesentliche Mechanismen:

- Lokale Vertrauensräume – Vereine, Kommunen, Nachbarschaften – bilden die tragfähigsten Strukturen für gesellschaftliche Resilienz.
- Soziale Fragmentierung und Desinformation schwächen die Fähigkeit zur kollektiven Selbstbehauptung und müssen als sicherheitspolitische Risiken verstanden werden.

- Loyalität gilt nicht Regierungen, sondern der demokratischen Ordnung – ein entscheidender Unterschied für die Akzeptanz von Verteidigungspolitik.

3. Kompetenz statt Militarisierung: Gesamtverteidigung als gesellschaftliches Lernprojekt

Die Debatte stellte klar: Eine Zeitenwende im Kopf entsteht nicht durch militarisierte Narrative, sondern durch konkrete Handlungskompetenz im Zivilen.

- Moderne Konflikte betreffen Logistik, Energie, Gesundheitssysteme, digitale Infrastruktur – also Berufsgruppen jenseits des Militärs.
- Ein zeitgemäßes Verständnis von Preparedness mindert Angst, weil Menschen wissen, was zu tun ist, statt abstrakt Bedrohungen zu fürchten.
- Zivile Verteidigungsfähigkeit macht militärische Abschreckung erst glaubwürdig.

4. Ein neues Sicherheitsnarrativ: Von der Angst zur aktiven Selbstbehauptung

Deutschland verfügt über kaum belastbare sicherheitspolitische Traditionen; Identitätsanker liegen eher in Wirtschaftskraft und Alltagskultur. Das Fehlen einer strategischen Kultur erschwert es, Bedrohungen politisch zu verarbeiten. Die Diskussion betonte jedoch, dass Deutschland – ähnlich wie beim Klimathema – durchaus in der Lage ist, abstrakte Risiken in konkretes Handeln zu übersetzen.

Ein modernes Sicherheitsnarrativ muss daher:

- Sicherheit als Ermöglichungsbedingung von Freiheit definieren,
- Solidarität als verbindendes Motiv in den Mittelpunkt stellen (insbesondere für junge Generationen),
- konkrete Formen gesellschaftlicher Beteiligung jenseits des Wehrdienstes sichtbar machen.

5. Ausblick: Sicherheit als horizontale Zukunftsaufgabe

Die Debatte endete mit der Einsicht, dass Deutschland Sicherheit neu organisieren muss – institutionell wie kulturell:

- Strategiefähigkeit der Regierung stärken (z. B. durch funktionsfähigen Nationalen Sicherheitsrat).
- Zivilgesellschaft stärker in Resilienzstrukturen einbinden – nicht als „Bevölkerung“, sondern als Bürgerschaft.
- Sicherheitsbewusstsein als dauerhafte Lernaufgabe der Demokratie verstehen.

Übergreifend wurde deutlich: Die Zeitenwende ist erst abgeschlossen, wenn sie kulturell und mental vollzogen ist.

Synopsen: Fachgruppe III

Verantwortung für Vertrauen und Gerechtigkeit: Sozialstaat und Arbeitsmarkt

*Session 1: Digital, einfach, bürgerlich: Sozialstaatsreform als
Verantwortungspolitik*

&

*Session 2: Selbstwirksamkeit statt Abstiegsangst: Die Rolle guter
(Basis-)Arbeit für Demokratie und Transformation*

Speakers und Moderation

Session 1:

Moderation: *Christina Schildmann*, Leitung Abteilung Forschungsförderung, Hans-Böckler-Stiftung

Impuls: *Andreas Audretsch*, stellv. Vorsitzender, Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Impuls: *Peter Kurz*, Oberbürgermeister a.D., Mannheim

Reaktion: *Katja Mast*, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Session 2:

Moderatorin: *Johanna Siebert*, Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum

Impuls: *Mara Buchstab*, Junior Projektmanagerin, Das Progressive Zentrum

Reaktion: *Kerstin Griese*, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Session 1: *Digital, einfach, bürgernah: Sozialstaatsreform als Verantwortungspolitik*

1. Ausgangslage: Ein Sozialstaat, der zu oft nicht trägt

Die Diskussion zeichnete ein klares Bild eines **strukturell überforderten und für viele Bürger:innen intransparenten Sozialstaats**. Die Vielzahl der Sozialgesetzbücher, über 500 Einzelleistungen und fragmentierte Zuständigkeiten erschweren den Zugang erheblich. Besonders Menschen, die Unterstützung benötigen, scheitern häufig an **Komplexität, fehlender Information oder administrativer Überforderung**. Dies trägt zu einem **Erosionsprozess demokratischen Vertrauens** bei, da staatliche Institutionen nicht als verlässlich und handlungsfähig erlebt werden.

Zugleich wurde herausgearbeitet, dass die **öffentliche Debatte über Sozialpolitik toxisch aufgeladen** ist – insbesondere rund um das Bürgergeld. Problematische Narrative über „Missbrauch“ prägen den Diskurs stärker als Debatten über soziale Absicherung, was Reformfähigkeit zusätzlich untergräbt. Die Runde betonte, dass ein **gemeinsames Leitbild eines zeitgemäßen Sozialstaats** fehlt, während Abwehrkämpfe im Detail dominieren.

Die **soziale Realität vieler Beschäftigter** – Arbeitsdruck, geringe Löhne, ökonomische Unsicherheit – verschärft das Misstrauen gegenüber Institutionen und verstärkt den Wunsch nach Unabhängigkeit vom Staat. Gleichzeitig verhindert das bestehende System oft, dass Leistungen dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

2. Zentrale Reformpfade: Vereinfachen, integrieren, digitalisieren

a) Vereinfachung als Grundvoraussetzung

Breiter Konsens bestand darüber, dass eine ernsthafte Reform mit einer radikalen Vereinfachung beginnen muss. Das betrifft insbesondere:

- **Zusammenführung steuerfinanzierter Sozialgesetzbücher** bzw. zumindest eine einheitliche, lebenslagenbezogene Administration;
- **Standardisierte Vermögens- und Bedarfsdefinitionen**, um Verfahren zu entlasten;
- Eine **Abkehr von der Bedarfs- hin zur Lebenslagenlogik**, die Zugänge erleichtert und bessere Orientierung gibt.

Gleichzeitig wurde auf legitime Gründe für Komplexität hingewiesen (z. B. Datenschutz, Einzelfallgerechtigkeit). Eine Balance zwischen Vereinfachung und Differenzierung ist daher notwendig.

b) Digitale Infrastruktur als zweiter Schritt – nicht der erste

Klar benannt wurde: **Digitalisierung kann Vereinfachung nicht ersetzen**, sondern muss auf sie folgen. Diskutiert wurden:

- **Backend-Lösungen**, die zentral bereitgestellt werden (Bund / Länder);
- **Automatisierte Anspruchsprüfungen und Bescheide** („Proactive Welfare“);
- **Digitale Auszahlungssysteme** als Standard.

Die Runde betonte jedoch ausdrücklich, dass Digitalisierung **Effizienz und Zugänglichkeit** erhöhen soll – nicht Leistungsabbau legitimieren.

c) Kommunen als Schlüsselakteure des Sozialstaats

Ein moderner Sozialstaat muss **vor Ort erlebbar** sein. Die Teilnehmenden hoben hervor:

- Kommunen bleiben die **erste Anlaufstelle**, insbesondere für Beratung, Ermessensentscheidungen und Begleitung;
- **Soziale Infrastruktur** (Bibliotheken, Kitas, Jugendzentren) ist zentral für Vertrauen in den Sozialstaat;
- Die Finanzierung vieler Kommunen ist jedoch prekär – Reformen müssen diese strukturelle Unterfinanzierung adressieren.

d) Staatsreform und Sozialstaatsreform zusammendenken

Mehrfach betont wurde, dass Sozialstaatsreform **Governance-Reform** bedeutet. Ohne neue Formen der Zusammenarbeit der föderalen Ebenen und eine klare Aufgabenteilung drohen Effizienzverluste.

3. Konsens und Dissens

Konsens bestand u. a. in folgenden Punkten:

- Vereinfachung ist unverzichtbar – vor Digitalisierung.
- Kommunen müssen gestärkt und entlastet werden.
- Die Debatte über Verteilung muss wieder offen geführt werden, um Reformen zu legitimieren.

Dissens zeigte sich v. a. bei:

- **Machbarkeit** einer Fusion der Sozialgesetzbücher;
- **Reichweite** von Vereinfachungsmaßnahmen (Gefahr der Unterkomplexität);
- **Finanzierung**, insbesondere hinsichtlich der Rolle von Ländern und Kommunen.

4. Weiterführende Fragen

- Wie gelingt eine neue Sprache des Sozialstaats, die keine Polarisierung erzeugt?
- Welche Reformen lassen sich kurzfristig politisch umsetzen – trotz föderaler Blockaden?
- Wie kann der Sozialstaat als kollektives Schutzsystem kommuniziert und legitimiert werden?

Session 2: Selbstwirksamkeit statt Abstiegsangst: Die Rolle guter (Basis-)Arbeit für Demokratie und Transformation

1. Ausgangslage: Arbeitswelt zwischen Transformation und Vertrauenskrise

Die Diskussion basierte auf Forschungsergebnissen, wonach **sinkendes demokratisches Vertrauen** und **Skepsis gegenüber Klimaschutz und Digitalisierung** eng mit Erfahrungen am Arbeitsplatz verknüpft sind. Beschäftigte in un- und angelernten Tätigkeiten („Basisarbeit“) erleben besonders häufig:

- finanzielle Unsicherheit,
- physische und psychische Belastungen,
- geringe Autonomie und begrenzte Mitbestimmung,
- eingeschränkten Zugang zu Weiterbildung.

Diese Faktoren erzeugen ein Gefühl der **Ersetzbarkeit**, verstärken Abstiegsängste und schwächen politische Offenheit. Die Runde identifizierte einen deutlichen Zusammenhang zwischen **Arbeitsqualität, Selbstwirksamkeit und demokratischem Vertrauen**.

2. Politische Herausforderungen: Sicherheit im Wandel, nicht gegen den Wandel

Mehrfach betont wurde, dass Transformation – ob ökologisch oder digital – nicht zum politischen „Stopp-Signal“ führen darf. Stattdessen müsse der Sozialstaat **Sicherheit im Wandel** schaffen:

- **Transformation darf nicht als Abstieg erlebt werden.**
- Beschäftigte müssen sich als **Subjekte**, nicht Objekte des Strukturwandels empfinden.
- Arbeits- und Sozialpolitik müssen stärker auf **Sicherheit, Teilhabe und Entwicklungschancen** ausgerichtet sein.

3. Handlungsfelder: Gute Arbeit als demokratische Infrastruktur

a) Arbeitsqualität und Gesundheit

Gefordert wurden:

- bessere ergonomische und psychische Arbeitsbedingungen,
- Instrumente wie Gesundheits- und Belastungschecks,
- technologiegestützte Entlastung (z. B. Automatisierung gefährlicher Tätigkeiten), die mit Beschäftigten entwickelt wird.

b) Mitbestimmung als demokratische Erfahrung

- Kollektive Selbstwirksamkeit gilt als entscheidend:
- Betriebsräte, Tarifbindung und gewerkschaftliche Zugänge schaffen Räume demokratischer Beteiligung;

- ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften sowie Tariftreue-Regelungen wurden als zentrale Reformansätze diskutiert;
- zugleich wurde eingeräumt, dass viele Beschäftigte **Mitbestimmung nicht mehr primär kollektiv** erleben.

c) Qualifizierung und Weiterbildung

Bildung bleibt ein Schlüssel – aber:

- Beschäftigte in Basisarbeit stehen Weiterbildungen teils skeptisch gegenüber (z. B. negative Schul-Erfahrungen, Stigma „Nachholbedarf“),
- Weiterbildungsangebote sind oft nicht passgenau oder alltagsnah,
- gleichermaßen ein hoher Bedarf im Kontext Dekarbonisierung besteht.

d) Migration und Arbeitsmarktintegration

Sprachförderung wurde als zentrale Hürde identifiziert und als entscheidender Hebel für Arbeitsmarktintegration benannt.

4. Konsens und Dissens

Konsens bestand u. a. in:

- Gute Arbeit ist ein demokratierelevanter Faktor.
- Transformation muss sozial abgedeckt und beteiligungsorientiert gestaltet werden.
- Stärkung betrieblicher Mitbestimmung ist entscheidend.

Dissens bestand u. a. in:

- der tatsächlichen Weiterbildungsbereitschaft von Beschäftigten,
- der Frage, wie stark Vereinfachung in der Sozialpolitik ohne strukturellen Ausbau möglich ist,

5. Weiterführende Fragen

- Wie lässt sich kollektive Selbstwirksamkeit wieder erlebbar machen – über bestehende Mitbestimmungsstrukturen hinaus?
- Welche Reformen sind geeignet, Basisarbeit dauerhaft attraktiver und sicherer zu machen?
- Wie können Weiterbildung und Transformation so gestaltet werden, dass sie nicht als Bedrohung, sondern als Entwicklungschance erlebt werden?